

Kommentar
zur Woche

Die nächste Krise steht schon in der offenen Tür

Was soll man dazu noch sagen? Vor zwei Wochen wollte der Bundesrat nichts davon wissen, die Gastronomie wenigstens im Freien zu öffnen, und heute fordern einzelne Bundesräte, rasch zur Normalität zurückzukehren. Dies, nachdem sie zuvor selbst ausdrücklich davor gewarnt hätten, wie vertrauliche Protokolle belegen würden, heisst es aus Bundesbern.

Statt zu entscheiden, schickt der Bundesrat den Kantonen Vorschläge, wie man Covid-19 Einhalt gebieten könne, und wundert sich, dass man sich nicht einig ist. Graubünden setzt voll Elan auf Massentests, im Nachbaranton St. Gallen will man davon nichts wissen. Nur Aussenminister Ignazio Cassis äussert sich nicht zu Covid-19 und feiert lieber eine Woche lang das Romanische, das die Welt erobere.

Auch das Bundesparlament überzeugt nicht. Der Nationalrat verlangt allen Ernstes, die Einschränkungen aufzuheben, weil die Pandemie vorbei sei. Dies, während das Leben in den Nachbarländern nach wie vor eingeschränkter ist. Zur Einbahnpolitik des Nationalrates passt, dass man am liebsten auch der Covid-19-Taskforce einen Maulkorb verpassen würde, damit diese nur sagt, was die Politiker hören wollen.

Während jüngere Senioren bereits zweimal geimpft wurden, warten die ältesten noch immer auf ein Aufgebot – «technische Probleme», heisst es seitens der Behörden. Impfstofflieferungen verzögern sich, aber der Bundesrat versuche immerhin, sich am Impfpass mit Europa zu beteiligen – der gleiche Bundesrat, der das verhandelte Rahmenabkommen mit Europa wohl demnächst vom Tisch wischt.

Covid-19 zeigt die Schweizer Malaise schonungslos auf: Unsere Institutionen stammen aus dem 19. Jahrhundert, und die Diskussion über die politische Rolle der Schweiz im 21. Jahrhundert schieben wir lieber vor uns her, statt sie ernsthaft zu führen. Ja, was soll man dazu bloss noch sagen?



Reto Furter,
Leiter Medienfamilie
reto.furter@somedia.ch

Et voilà: die erste Bündnerin

Rita Jerjen-Habich war die erste Leiterin der Bündner Stabsstelle für Gleichstellungsfragen. Das war vor 25 Jahren. Ein

Interview: Pierina Hassler

Der 1. November 1996 war der Stichtag. Ab diesem Datum hatte der Kanton Graubünden eine Stabsstelle für Gleichstellungsfragen. Zur ersten Leiterin wurde die Juristin Rita Jerjen-Habich gewählt. Anfänglich teilten sich Jerjen-Habich und ihre Assistentin Silvia Graf-Frey 70 Stellenprozente. Ab 1997 wurde die Fachstelle auf 130 Stellenprozent ausgebaut. Die 25-jährige Geschichte der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen, jetzt Stabsstelle für Chancengleichheit von Frau und Mann, ist bewegt. Es gab sogar Zeiten, in denen die Regierung die Fachstelle aus Spargründen abschaffen wollte. Auch dank der damaligen Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf kam es nicht so weit. Jerjen-Habich war von November 1996 bis Februar 1999 Leiterin der Stabsstelle. Dann zog sie mit ihrer Familie nach Südamerika. Seit einigen Jahren ist sie zurück in der Schweiz und lebt in Zürich. Im Interview spricht sie über ihren guten Draht zu alt Regierungsrat Aluis Maissen. Über den weiblichen Valentinstag. Und über ihre Arbeit als Gleichstellungsbeauftragte.

Rita Jerjen-Habich, am Montag ist Internationaler Frauentag. Welche Bedeutung hat der 8. März für Sie?

Rita Jerjen-Habich: Das Datum ist mir sehr bewusst, allerdings ist es nicht so, dass ich an diesem Tag an speziellen Anlässen teilnehme. Aber ich melde mich beispielsweise per Whatsapp bei Frauen, die mir speziell am Herzen liegen und wünsche ihnen etwas Gutes. Für mich ist der 8. März der Valentinstag für Frauen. Es ist eine lieb gewonnene Tradition geworden. Entstanden ist dies, weil ich lange Zeit in Lateinamerika daheim war. Der Internationale Frauentag wird dort sehr hochgehalten. Frauen tauschen sich untereinander

der aus, sehr liebevoll, ohne jetzt an Anlässen teilzunehmen.

Sie waren die erste Leiterin der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen im Kanton Graubünden. Wie kamen Sie zu diesem Job?

Für den Anfang wollte die Regierung eine Juristin. Ich war eine solche. Es gab natürlich auch andere, aber nicht viele, die auch tätig waren. Politisch aktiv war ich nicht, aber ich engagierte mich bei der Frauenzentrale. Geholfen hat mir sicher auch, dass ich eine Unterländerin



Die Juristin Rita Jerjen-Habich daheim in Zürich-Wollishofen und vor 25 Jahren im Büro der Stabsstelle für Gleichstellungsfragen an der Loestrasse in Chur.
Bilder: Pierina Hassler / Archiv



Mehr Chefinnen braucht das Land –

Vor dem Frauentag vom Montag stellt sich die Frage, wie es mit Frauenquoten, Führungspositionen und Fairness bei

Geht es um Führungspositionen in kantonsnahen Betrieben, ist die Frauenquote in Graubünden an einem kleinen Ort. Ein Blick auf die insgesamt 30 Kantonsvertretungen zeigt: Ob Graubündner Kantonalbank, Pensionskasse Graubünden, Rhätische Bahn oder Sozialversicherungsanstalt Graubünden – es stehen mehrheitlich Männer an der Spitze. Einige wenige Frauen gibt es auch: alt Nationalrätin Brigitta Gadiant für die Fachhochschule Graubünden. Das Kraftwerk Reichenau AG mit alt Grossrätin Angela Casanova und Rita Cathomas-Bearth für die Stiftung Rhätisches Museum.

Dass es anders gehen kann, zeigt der Kanton Basel-Stadt. In Sachen Frauenquote ist er schweizweit führend. Laut dem Präsidialdepartement, Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern, wird die Geschlechterquote von mindestens einem Drittel seit dem 1. Januar 2020 in sämtlichen 22 staatsnahen Unternehmen erfüllt. Aktuell liegt der Frauenanteil bei 47,8 Prozent. Vier Unternehmen weisen gar einen Frauenanteil von 50 Prozent und mehr auf.

«Wird ein neues Leitungsmitglied gewählt, müssen Abweichungen kommuniziert und begründet werden.»

Würde der Kanton Graubünden gleich handeln wie der Bund oder eben Basel-Stadt, müsste er einen bewussten Entscheid für mehr Frauen in Führungspositionen treffen. Am 25. November 2020 beschloss der Bundesrat, dass in den obersten Leitungsorganen von bundesnahen Betrieben mehr Frauen vertreten sein sollen. Bis dahin lag die Zielvorgabe bei 30 Prozent. Neu soll der Frauenanteil bis Ende 2023 bei 40 Prozent liegen. Es geht um Kaderpositionen in 27 bundesnahen Betrieben. Das sind beispielsweise Post, SBB oder SRG. «Wird ein neues Leitungsmitglied gewählt, müssen Abweichungen kommuniziert und begründet werden», sagt die Bündner SP-Nationalrätin Sandra Locher Benguerel. Das heisst: Wird statt einer Frau ein Mann als neues Kadermitglied gewählt, müssen die bundesnahen Betriebe gut erklären, weshalb dieser für diese Stelle besser geeignet ist als eine Frau.

Wichtige Zielvorgaben

Die aktuelle Frauenquote bei den Führungspositionen in bundesnahen Betrieben liegt allerdings weder bei 30

noch bei 40 Prozent. «Sie beträgt 20 Prozent, und das wiederum bedeutet, dass das ursprüngliche Ziel von 30 Prozent nicht erreicht wurde», so Locher Benguerel. Die Sozialdemokratin findet die neue Zielvorgabe des Bundesrates an sich vorbildlich, denn nur mit verbindlichen Vorgaben könne die tatsächliche Gleichstellung erreicht werden. Trotzdem wollte sie am Mittwoch in einem Vorstoss vom Bundesrat unter anderem wissen, aus welchem Grund die ursprüngliche Vorgabe von 30 Prozent nicht erreicht wurde. «Es interessierte mich auch, mit welchen konkreten Massnahmen der Bundesrat denn die neue Zielvorgabe von 40 Prozent erreichen will.» Zudem hakte sie beim Monitoring, respektive der Berichterstattung über den Frauenanteil, nach.

Kleine Veränderungen

Was beim Bund gilt, würde auch Graubünden gut anstehen. Die Ansätze sind da. In einer länderübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der Gleichstellung wurde 2016 untersucht, wie es im Kanton Graubünden mit Frauen in Führungspositionen steht. Im Schluss-